

Politik an den Grenzen des Wachstums: Alte Konflikte oder neue Solidarität¹

Wolfgang Streeck

Das Credo des demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit war „A rising tide lifts all boats“. Es stammte aus dem Nordosten der Vereinigten Staaten, der Welt der Yachtclubs in den Atlantik-Häfen von Connecticut und Massachusetts. Seine Bedeutung war: alles, was wir brauchen, um Verteilungskonflikte beherrschbar zu machen und den sozialen Frieden zu sichern, ist Wachstum, denn Wachstum kommt allen zugute, Reichen wie Armen.

Was aber, wenn keine Flut mehr kommen will und das Wachstum zurück- und vielleicht sogar ganz zuende geht? Die letzten Jahrzehnte – die Ära des langen Abschieds von den „glorreichen Dreißig“ – lassen erkennen, womit wir zu rechnen haben. Sinkende Wachstumsraten in der OECD-Welt (**Diagramm 1**) fielen zusammen mit stetig wachsender Verschuldung nicht nur der Staaten (**Diagramm 2**), sondern der Volkswirtschaften insgesamt: der Staaten, Unternehmen, privaten Haushalte und, vor allem, der Finanzmärkte (**Diagramm 3**, am Beispiel der USA). Zugleich nahm die Arbeitslosigkeit überall zu; unterhalb eines stabilen Sockels von sechs bis sieben Prozent geht nichts mehr, seit nahezu zwei Jahrzehnten auch in Schweden, Tendenz steigend (**Diagramm 4**). Hohe Dauerarbeitslosigkeit ging mit einem weltweiten Anwachsen prekärer Beschäftigung und verschlechterter Beschäftigungsbedingungen am unteren Rand der nationalen Arbeitsmärkte umher, ebenso wie mit wachsender Ungleichheit der Einkommen und Vermögen (**Diagramm 5**, für sieben „typische“ Länder der OECD).

Wichtig ist, dass es sich bei diesen Entwicklungen um langjährige Trends handelt, die sich mehr oder weniger in allen reichen kapitalistischen Gesellschaften gleichzeitig durch-

¹ Beitrag zur Konferenz „Leben ohne Zins und Wachstum: Ausblick auf eine neue Ära“, Denkwerk Zukunft, Berlin, 1. Dezember 2012.

und festgesetzt haben. (Man vergesse die trügerischen Tröstungen der „Varieties of Capitalism“- bzw. der „European Social Model“-Literatur.) Die Vereinigten Staaten sind alles andere als eine Ausnahme und nur der krasseste Fall (**Diagramm 6**). Hier endete in den 1970er Jahren die Kopplung der Löhne an den Produktivitätsfortschritt, der ungebremst weiterging, aber nicht mehr den Lohnempfängern zugutekam; wo die Haushaltseinkommen der breiten Bevölkerung dennoch stiegen, geschah dies ausschließlich wegen zusätzlich geleisteter Arbeitsstunden, typischerweise durch Ausweitung der Erwerbstätigkeit der Frauen. Der gegenwärtige Zustand des amerikanischen Arbeitsmarktes ist der noch lange nicht endgültige Kulminationspunkt dieser langjährigen Entwicklung – beschrieben vom *Wall Street Journal* (!) am 5. November 2012 als befallen von einer *part-time, low-wage epidemic*, mit einem Verlust von 5,9 Millionen Vollzeit-Arbeitsplätzen seit 2007 und einem Beschäftigungszuwachs im Niedriglohnsektor in den Jahren seit der Rezession von nicht weniger als 58 Prozent.

Alles spricht dafür, dass ein Kapitalismus ohne *rising tide*, wenn nichts geschieht, eine Gesellschaft wachsender Konkurrenz und zunehmender Ungleichheit sein wird – eine Gesellschaft kumulativer Bevor- und Benachteiligung nach dem Matthäus-Prinzip: „Denn wer da hat, dem wird gegeben..., wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen“ (Matthäus 25, 29) – oder in den Worten des *Wall Street Journal*: „Disparities in income, education and social behavior are reinforcing themselves all the more“ in den Arbeitsmärkten von heute, „so future mobility might be lower still“, noch niedriger als sie ohnehin schon geworden ist.² Wenn nichts geschieht, wird mit schwindendem Wachstum das Ratennen an Intensität zunehmen, umso mehr, je weniger es zu verteilen gibt, zumal sich

² Mortimer Zuckerman, „A Part-Time, Low-Wage Epidemic. The jobs gained recently by the U.S. economy are disproportionately low-paying, insecure ones.“ *Wall Street Journal*, 5. November 2012.

der Verschuldungstrick des „Pumpkapitalismus“: die Vorabverteilung noch nicht erwirtschafteter Güter durch Aufbau immer komplizierterer Versprechenspyramiden, als brandgefährlich erwiesen hat. Die neoliberale Lösung des Wachstumsproblems: härtere Konkurrenz, größere Belohnungen für die Sieger, weniger Nachsicht mit den Verlierern, führt, wenn sie entgegen allen angebotstheoretischen Hoffnungen doch nicht gelingt, in eine Gesellschaft weiter wachsender Ungleichheit und, am Ende, tieferer Spaltungen. Der schon länger andauernde Vertrauensverlust demokratischer Politik – siehe die allgemein sinkende Wahlbeteiligung (**Diagramm 7**) vor allem der unteren Gesellschaftsschichten – lässt erkennen, womit zu rechnen ist: nämlich mit zunehmender (Selbst-) Ausgliederung einer wachsenden Überschussbevölkerung aus institutionalisierter politischer Partizipation, mit der Gefahr wachsender Selektivität und Repressivität der staatlichen Institutionen und, möglicherweise, entsprechend steigender Attraktivität unkonventioneller Formen politischer Mobilisierung.

Wie kann Politik die absehbare Spaltung einer kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft mit schrumpfenden Wachstumsspielräumen oder gar heranrückenden Wachstumsgrenzen verhindern? Wie müsste oder könnte soziale Solidarität in einer Postwachstumsgesellschaft beschaffen sein: in einer politischen Ökonomie, in der neoliberal entfesselte „Leistungsträger“ nur noch ihre *eigenen* Boote heben würden, und nur, indem sie die der anderen versenkten? Die Suche nach konstruktiven Ideen müsste von der Einsicht ausgehen, dass eine Krise des Wachstums, wie gemeinhin definiert, eine des Wachstums nicht notwendig der *Wirtschaft*, sondern der *Geldwirtschaft* ist – eine des in Geld gemessenen und messbaren, bezahlten und bezahlbaren Wohlstands, nicht zwingend des Wohlstands als solchem. Mittlerweile hat sich herumgesprochen, dass unsere volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur abbilden, was in irgendeiner Form Gegenstand monetärer Transaktionen war – und

wir wissen auch, dass längst nicht alles, was das menschliche Glück vermehrt, durch Kauf zu erwerben ist. „Geld allein“, so das Sprichwort, „macht nicht glücklich.“ Könnte es sein, dass nichtkommerzielle und nichtkommerzialisierbare Güter weniger an Wachstumsgrenzen stoßen als am Markt mit Geld zu erwerbende? Oder gar, dass das Wachstum der Märkte im Zuge der kapitalistischen Modernisierung auf Kosten von Arten menschlichen Wohlstands gegangen ist, die in das gemessene Sozialprodukt nicht eingehen? Von anderen, „alternativen“ Gütern, die weniger gesellschaftsspaltend und polarisierend und statt dessen solidaritätsförderlicher und ressourcenschonender sein könnten als die des kapitalistischen *mainstreams*? Gibt es hier möglicherweise neue, sozialverträglichere Wachstumspotenziale, oder alte neu zu entdecken?

Grenzen der Geldwirtschaft

Ich kann nicht im Einzelnen darauf eingehen, worin die Probleme, und insbesondere die Wachstumsprobleme, des geldwirtschaftlich organisierten, sichtbaren Teils gegenwärtiger Wohlstandsproduktion bestehen. Diejenigen Güter, die mit Geld bezahlt und in Geld verwandelt werden können, sind ipso facto gegeneinander aufrechenbar, untereinander vergleichbar, ineinander verwandelbar, in Geld konvertiert stapelbar und, vor allem, mit Vermehrungsabsicht handelbar. Moderne Märkte und die Waren, die in ihnen angeboten werden, stehen unter dem Diktat der monetarisierten Tauschgesellschaft, zusammengefasst in der Marxschen Formel $G \rightarrow W \rightarrow G'$. Was auf einen gemeinsamen Nenner um- und zusammenrechenbar ist, wobei die Summe nach oben offen ist, unterliegt dem Vergleich zwischen mehr und weniger: Geld, egal wie viel, kann immer noch mehr werden. In der Tat sind die prinzipiell unendliche Maximierung geldwerter Besitzstände und die Expansion der Märkte, in denen sie gehandelt und verwandelt werden – die kontinuierlich fortschreitende Inbe-

sitznahme bislang noch nicht kommerzialisierter Lebensbereiche – tief in die Handlungslogik des modernen, kapitalistischen Geldregimes eingeschrieben. Stillschweigend vorausgesetzt wird, dass die gehandelten Ressourcen – die Natur, die menschliche Arbeitskraft und das zur Handelsware mutierte Geld selber – ebenso unbegrenzt sind wie die Nachfrage nach ihnen. Wo diese Voraussetzung, und mit ihr die immanente Steigerungslogik einer monetarisierten Wirtschaft, sich als unrealistisch erweist, ergeben sich Stockungen und Verwerfungen vielfältigster Art, einschließlich einer Verschärfung des Wettbewerbs mit der Folge von Nullsummenkonflikten und der Gefahr eines Auseinanderbrechens des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Dass es neben dem kommerziellen auch einen nicht-kommerziellen, unentgeltlichen Wohlstand gibt, der einer eigenen, anderen Logik folgt, ist alles andere als eine neue Idee. Die Vorstellung, dass ein Verzicht auf „weltliche“ Güter Menschen glücklicher machen könnte, ist im Gegenteil sehr alt. In der Moderne findet man sie als Utopie eines vom possessiven Individualismus der Markt- und „Leistungs-“Gesellschaft abgekoppelten, „alternativen“, authentischen Lebens ohne Rattenrennen nach Reichtum und demonstrativem Konsum, eines Lebens in Zeit-, Beziehungs- und Tugend- statt in Geldwohlstand. Die Güter, um die es hier geht, haben gemeinsam, dass sie sie nicht in Geldgrößen umrechenbar sind: sie lassen sich nicht umtauschen, kaufen oder verkaufen, lagern, ansparen, be- oder verleihen, weil sie an Personen gebunden sind und an Werte, die sich nicht als Geldwerte ausdrücken lassen. Geld lässt sich deshalb mit ihnen auch nicht verdienen: mit der mit Familie oder Freunden verbrachten Zeit, der Befriedigung darüber, in einer „guten Gesellschaft“ zu leben oder etwas Unbezahltes und Unbezahlbares für andere getan zu haben, etwas, das „sich nicht rechnet“, wie „fair gehandelten“ Kaffee zu kaufen oder „Gemüse aus der Region“, etwas,

was statt Zinsen virtuelle oder tatsächliche soziale Bindungen und kollektive Güter hervorbringt, die nicht nur einem selber, sondern auch anderen zugutekommen.

Es hätte nicht der sogenannten „Glücksforschung“ bedürfen sollen, um den Sachverhalt in Erinnerung zu rufen, dass das Wichtigste im Leben eines Menschen nicht der Konsum ist, sondern seine sozialen Beziehungen und die Zeit, die er für sie zur Verfügung hat. Auch ist den meisten bewusst, dass wir als Mitglieder der reichen Gesellschaften des „Westens“ den Großteil dessen, wofür wir immer härter und länger arbeiten, nicht wirklich „brauchen“. Dennoch sind Ausbrüche aus der Steigerungsdisziplin der Geldwirtschaft bisher Randscheinungen geblieben, beschränkt auf Subkulturen und gesellschaftliche Nischenexistenzen, selbst und gerade in einer Zeit, in der das Streben nach konvertiblem Reichtum immer weniger Erfolg verspricht. Asketische Selbstbescheidung zugunsten einer alternativen, weniger materialistischen, weniger expansiven und maximierungsbesessenen Lebensweise ist für den Einzelnen riskant. „Geld allein macht nicht glücklich, aber“, so das Sprichwort weiter, „es beruhigt ungemein“. Wenn die anderen sich mit Zahlungsmitteln eindecken, um so gut wie möglich an der Verteilung von entgeltlichem Wohlstand teilnehmen zu können, läuft, wer auf unbezahlbare Güter setzt, Gefahr, den Anschluss zu verlieren und ein Leben in extremer Unsicherheit führen zu müssen. Nur wenige werden das riskieren wollen.

Von alleine kein Fortschritt

Meine These ist, dass eine weniger materialistische, ressourcenschonende und solidaritätsstiftende Lebensweise als Anpassung an schwindendes Wachstum nicht von alleine zustandekommt, nicht einfach durch Umdenken oder gutes Zureden oder von selbst eintretenden kulturellen Wandel, sondern zielgerichteter politischer Unterstützung – aktiver Umsteuerung durch regulative Politik – bedarf. Dies schon deshalb, weil die heute bestehenden Insti-

tutionen und die tatsächlich stattfindenden politischen Interventionen die Gesellschaft in genau die entgegengesetzte Richtung treiben, indem sie versuchen, ihr durch Verschärfung des Wettbewerbs und immer weiter vorangetriebene Ökonomisierung der Lebensverhältnisse auch noch das letzte realisierbare Quäntchen geldwirtschaftlich messbaren Wachstums abzupressen, zu hohen Kosten und mit immer ungewisserem Nutzen.

Wie grundsätzlich das Umsteuern ausfallen müsste und wie tief die dazu erforderlichen institutionellen Reformen zu greifen hätten, möchte ich in gebotener Kürze am Beispiel des gegenwärtigen bevölkerungs- und familienpolitischen Regimes und seiner Verzweigungen in die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie in das vorherrschende Produktions-, Arbeits-, Zeit- und Leistungsmodell illustrieren.³ Bevölkerungs- und Familienpolitik sind heute vor allem anderen bestrebt, die weibliche Vollzeitwerbstätigkeit auszuweiten, um sämtliche noch verbliebenen Wachstums- und Besteuerungsreserven auszuschöpfen. Weniger entschieden verfolgen sie als zweites Ziel eine Erhöhung der Zahl der Kinder, insbesondere von Frauen der Mittelschicht, von denen mit größerer Gewissheit ein Beitrag zum Ausbau des wachstumsträchtigen „Humankapitals“ der Gesellschaft erwartet werden kann.⁴ Damit auch Mütter sehr kleiner Kinder ihren Beitrag zum Sozialprodukt leis-

³ Noch anspruchsvoller wäre ein Übergang zu neuen Konsummodellen, die kollektive, nicht monetarisierbare Güter aufwerten, und neuen Geldmodellen, die dem Versprechen einer unendlichen Anhäufung und Selbstvermehrung monetärer Ressourcen ein Ende setzen. Zu diesen und ähnlichen Themen gibt es mittlerweile eine erstaunlich umfangreiche und wissenschaftlich hoch respektable Literatur, die allerdings vom ökonomischen Mainstream kaum zur Kenntnis genommen wird. Nützliche Zusammenfassungen bieten Pennekamp (2011) und Degens (2012). Wer will, dass mit dem Wachstum nicht auch die einheitstiftende Rolle der Politik verschwindet, muss die zahlreichen konkreten Utopien einer weniger kompetitiven, weniger possessiv-individualistischen, weniger von ostentativem Konsum besessenen und weniger ressourcenverzehrenden Lebensweise ernst nehmen.

⁴ Unterschichtkinder, also vor allem Kinder sogenannter „Hartz IV-Empfänger“, sind unwillkommen, weil für ihre Ausbildung zu produktiven Gesellschaftsmitgliedern mit höheren Kosten gerechnet wird. Deshalb wird in der Familienpolitik zunehmend darauf geachtet, dass familienfördernde Sozialleistungen vornehmlich oder ausschließlich die gutverdienenden oder doch jedenfalls verdienenden Mittelschicht begünstigen. Ich gehe auf die neue Sozialeugenik unter dem Vorzeichen eines marktkonform reorganisierten Sozialstaats hier nicht weiter ein.

ten und insbesondere auch die immer zahlreicher werdenden alleinerziehenden Mütter zu einem solchen sozialpolitisch angehalten werden können, werden beträchtliche öffentliche Mittel in ein flächendeckendes Netz von Tagesstätten für zwei- und dreijährige Kleinkinder investiert. Als Lückenbüsser sind sogenannte „Tagesmütter“ vorgesehen, die in ihrer eigenen Wohnung gegen Bezahlung die Kinder anderer Mütter versorgen, die ebenfalls, aber außerhalb ihrer Wohnung, einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen. Da bezahlte Erziehungsleistungen geldwirtschaftlich messbar und damit auch besteuert sind, tragen sie zum Wachstum des Sozialprodukts und der Staatseinnahmen bei, während bei innerfamiliärer Selbstversorgung gleich mehr als ein Einkommen ausfällt, neben dem der Mutter auch das der professionellen Kinderversorger.

Allerdings funktioniert das Regime wachstumskompatibler Kinderversorgung weder spontan noch reibungslos. Erheblicher Aufwand ist erforderlich, um es denen, die mit ihm leben sollen, schmackhaft zu machen. Kinder, so einer der führenden Ideologen der gegenwärtigen Familienpolitik, der Soziologe Hans Bertram, sind „verführerisch“: sie bringen in ihren Müttern, manchmal auch ihren Vätern, wachstumsfeindliche Wünsche hervor wie den, mehr Zeit als bei Vollzeiterwerbstätigkeit möglich mit ihren kleinen Kindern zu verbringen und dafür auf Geldeinkommen zu verzichten. Teilzeitarbeit oder gar Familienpause aber sind aus wachstums- und sozialpolitischer Perspektive nichts anderes als Arbeitsverweigerung. Deshalb muss alles getan werden, um hier keine „falschen Anreize“ zu setzen. Drohungen mit ökonomischen Nachteilen – Herausfallen aus der „Karriere“, und sei es einer als Supermarktkassiererin, Schwierigkeiten beim „Wiedereinstieg“, Entwertung des mühsam erworbenen „Humankapitals“ – werden ergänzt durch kulturelle Diskriminierung: Frauen, die „nicht arbeiten“, sind „Heimchen am Herd“, begierig, sich für ihre Nichtarbeit auch noch eine „Herdprämie“ zahlen zu lassen, und zu „ungebildet“, um die ihnen mittels Frauenquo-

ten in den Aufsichtsräten und Vorständen der DAX-Unternehmen eröffneten Aufstiegsmöglichkeiten als solche erkennen zu können.

Freilich sind damit längst nicht alle Probleme gelöst. Kindertagesstätten hin und Tagesmütter her, dem Ideal der doppelten Vollzeitwerbstätigkeit zu huldigen ist anstrengend, zumal wenn zugleich gesellschaftliche Verpflichtungen zu demonstrativem Konsum abuarbeiten sind. Geld verdienen und Geld ausgeben sind beide zeitraubend, so sehr, dass für Kinder, die ja ebenfalls zeitraubend sind, nur noch wenig Platz bleibt: der Tag hat eben nur 24 Stunden. Ethnographische Studien über die zeitarme, durchgeplante, gehetzte Lebensweise „moderner“ Doppelverdienerpaare, insbesondere in den Vereinigten Staaten, füllen mittlerweile ganze Regale. Für alle reichen Länder, übrigens einschließlich Skandinaviens, gilt deshalb, dass Frauen oder Paare umso mehr Kinder haben, je mehr freie Zeit ihnen gewährt oder auch aufgedrängt wird: von Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst über Migrantinnen der ersten Generation bis zu Sozialhilfeempfängerinnen ohne Chancen im Arbeitsmarkt.

Bis hierhin zusammenfassend möchte ich festhalten, dass Kinder ein offenkundiger Fall von nicht-monetarisierbarem Beziehungsreichtum sind, der darüber hinaus die Eigenschaft aufweist, dass er nicht nur von privatem, sondern auch von erheblichem öffentlichem Interesse ist. Allerdings behindert seine Erzeugung die Verfolgung von wirtschaftlichem Wachstum gemessen an den Maßstäben der Geldwirtschaft, jedenfalls auf die entscheidungsrelevante kurze und mittlere Sicht, weil Kinderaufziehen mit Zeitkonkurrenz mit bezahlter Erwerbsarbeit steht, insbesondere wenn man es partikularistisch-persönlich betreiben will. Dies ist der Grund, weshalb die Familienpolitik des Vollzeitbeschäftigungsregimes angesichts der aller ihrer Maßnahmen zum Trotz weiterhin stagnierenden Geburtenraten seit einiger Zeit leugnen, dass es ihnen jemals um eine Erhöhung der Kinderzahl gegangen

sei. Sie ahnen, dass die Ursache der unverändert niedrigen Kinderzahlen zu einem erheblichen Teil in einem gesellschaftlichen Zeitregime liegt, das bezahlte und unbezahlte Arbeit kinder- und familienfeindlich aufteilt, sowohl gegeneinander als auch zwischen den Geschlechtern und über den Lebensverlauf.

Was wäre zu tun?

Umfragen zeigen, dass Mütter und Väter gerne mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen würden. Wir wissen ferner, allerdings auch nur aus Umfragen, dass die Zahl der gewünschten Kinder die der zur Welt kommenden erheblich übersteigt. Eigentlich sollte dies ausreichen, sich an die gewerkschaftlichen Kampagnen der 1980er Jahre für eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erinnern – zunächst auf 35 Stunden und dann, wenn es nach den Frauen in der IG Metall gegangen wäre, auf 30, bei gleichzeitiger Abschaffung der Unterscheidung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung. Vielleicht war das doch nicht ganz so lächerlich, wie es damals gemacht wurde? Allerdings ließ sich selbst die 35-Stunden-Woche nur auf dem Papier durchsetzen. Seit den 1990er Jahren ist die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit wieder gestiegen, was weithin als Triumph der wirtschaftlichen Vernunft und realistische Anpassung an die Zwänge des Wettbewerbs unter Bedingungen der Globalisierung gefeiert wird. Heute zeigen sozialwissenschaftliche Untersuchungen, dass Männer, wenn sie Väter werden, *länger* als vorher erwerbsarbeiten, zum Ausgleich dafür, dass ihre Frauen zeitweilig weniger Stunden an den Arbeitsmarkt abgeben können – wenigstens solange, bis der Ausbau der öffentlichen Kleinkinderaufbewahrung abgeschlossen sein wird.⁵

⁵ Soweit die neue Familienpolitik speziell die Männer zum Objekt bewußtseinsbeeinflussender Strategien macht, erinnert sie sie daran, was ihre Väter verpasst haben, als sie sich um Geld und Karriere statt um ihre Kinder gekümmert haben. Ziel ist, Väter dazu zu bringen, neben der von ihnen weiterhin erwarteten „wettbewerbsfähigen“ Vollzeiterwerbstätigkeit einen Teil der außerhalb der in-

Frankreich gilt weithin als bevölkerungspolitisches Vorbild. Dabei wird in Deutschland immer nur auf das ausgebaute System von Kindertagestätten verwiesen. So gut wie unbeachtet bleibt das Arbeitszeitregime der 35-Stunden-Woche, das es vielen Arbeitnehmern ermöglicht, nur noch vier statt fünf Tage in der Woche am Arbeitsplatz zu erscheinen. (Schulen passen sich dem an, indem sie nur an vier Tagen geöffnet sind.) Immer mehr Familien nutzen dies, um ihren Kleinkindern zu ersparen, mehr als drei Tage pro Woche in Betreuungseinrichtungen untergebracht zu werden: an den beiden anderen Tagen bleibt je ein Elternteil zuhause. Man kann davon ausgehen, dass diese Praxis sich ohne die vom Staat immer noch einigermaßen wirksam überwachte Institution der 35-Stunden-Woche nicht entwickelt hätte: länger als 35 Stunden zu arbeiten ist Arbeitnehmern in Frankreich nicht ohne weiteres möglich. Allerdings steht die 35-Stunden-Woche seit langem unter dem Druck derjenigen, die die „Wettbewerbsfähigkeit“ der französischen Volkswirtschaft nach Maßstäben der globalen Geldwirtschaft glauben verbessern zu müssen und den gesetzlich geschützten Zeitwohlstand der französischen Arbeitnehmer und ihrer Familien für überholten sozialistischen Luxus, der schnellstens in Geldwohlstand konvertiert werden muss, oder allgemein für den Ausdruck eines als unzeitgemäß gewordenen Wunsches nach einem bequemeren Leben halten.

Was müsste geschehen, um das zunehmend gesellschaftsspaltende Streben nach Geldwohlstand herunterzubremsen und stattdessen einen Zeit- und Beziehungswohlstand entstehen zu lassen, den sich viele wünschen, den sie aber unter herrschenden Bedingungen nicht zu realisieren vermögen? Damit mehr Menschen mehr Zeit mit mehr Kindern verbringen könnten, bedürfte es offenbar arbeitspolitischer Reformen, die vieles von dem

stitutionellen Aufbewahrung noch anfallenden Kinderpflege zu übernehmen, um so ihren Frauen zu ermöglichen, in Vollzeit dasselbe zu verpassen wie sie selber.

rückgängig zu machen hätten, das in den letzten zwei Jahrzehnten als effizienzsteigernder Fortschritt gegen Gewerkschaften und Arbeitnehmer durchgesetzt wurde. Oberstes Ziel müsste sein, diejenigen, die sich für eine neue Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit entscheiden, vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen: durch verbindliche Verkürzung der Arbeitszeit, verbesserten Kündigungsschutz, erweiterte Rechte auf Wiedereinstellung und Weiterbildung, Flexibilisierung der Arbeitszeit nach Bedürfnissen des Arbeitnehmers statt des Arbeitgebers, Beendigung jeglicher Diskriminierung bei Teilzeitarbeit, veränderte Karrierestrukturen und Beförderungswege usw. Die in der familienpolitischen Diskussion ebenfalls als Vorbilder hochgehaltenen vollzeiterwerbstätigen Frauen und Mütter in Skandinavien haben alles das und mehr, weil sie überwiegend im öffentlichen Dienst beschäftigt sind; auch in Schweden sind es eben nicht nur die Kitas, die den Unterschied machen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit galt der öffentliche Sektor jahrzehntelang als Modell für eine fortschrittliche Ausgestaltung der Beschäftigung auch im privaten Sektor; seit der Privatisierungswelle der 1990er Jahre geht der Trend in die genau entgegengesetzte Richtung. Wäre am Ende des Wachstums nicht eine erneute Trendwende fällig?

An dieser Stelle gelangt man mühelos zu der durchaus subversiven Frage, ob die Durchkommodifizierung der Gesellschaft um des Wirtschaftswachstums willen mit ihrer physischen Reproduktion von innen auf längere Sicht überhaupt vereinbar ist. Das einzige Beispiel einer dramatischen kurzfristigen Steigerung der Geburtenrate in einer Industriegesellschaft der Nachkriegszeit ist noch immer die ehemalige DDR mit ihrer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der Mitte der 1970er Jahre. Damals wurde Müttern, verheiratet oder nicht, bei Geburt eines Kindes langfristige Freistellung von der Erwerbsarbeit bei unbegrenztem Rückkehrrecht in den Betrieb gewährt. Ziel war offenbar, einen „Pillenknick“ ähnlich dem, der zur selben Zeit in der Bundesrepublik eintrat, zu verhindern. In dem Maße, wie

die damals ergriffenen Maßnahmen später zurückgenommen wurden, sanken die Geburtenraten wieder, am stärksten dann natürlich bei der Übertragung des westdeutschen Arbeitsmarktregimes auf die „Neuen Länder“ nach 1990. Der Fall wäre weniger interessant, wenn es bei ihm nicht um eine extreme Ausprägung von Faktoren wie Beschäftigungssicherheit, Freistellung von Erwerbsarbeit und Eindämmung von Konkurrenz am Arbeitsplatz handelte – Faktoren, die auch in westlichen Ländern positiv (Frankreich, Schweden) oder, bei Abwesenheit wie in Deutschland, negativ am Werk sind.⁶

Zum Schluss

Eine Re-Regulierung des Arbeitsmarkts, und insbesondere eine aktive Politik der Arbeitszeitverkürzung, erscheint zwingend geboten – nicht nur zur Reparatur der vom Neoliberalismus verursachten Schäden an der Sozialstruktur, sondern auch zur Umorientierung von Postwachstumsgesellschaften von Geld- auf Zeit- und Beziehungswohlstand. Aus Sicht der Bevölkerungspolitik hätte eine solche Umorientierung sogar öffentlichen Nutzen: sie würde helfen, ein Problem zu lösen, dem staatliche Politik bis heute hilflos gegenübersteht. Offenkundig wird die Möglichkeit, Kinder zu haben, durch die gegenwärtige wachstumskonforme Organisation des Arbeitslebens und den weiter steigenden gesellschaftlichen Druck zur Beteiligung an Marktkonkurrenz und demonstrativem Konsum beschnitten. Eine individuelle Option für mehr Kinder wird durch die herrschenden Zwänge des Arbeitsmarkts sowie eine an diese angepasste Kultur erschwert, die „Kinderreiche“ zu Außenseitern macht. Ohne eine

⁶ Die einzige Alternative zu staatlicher Gewährleistung von Zeitwohlstand als Instrument der Bevölkerungspolitik scheint die staatliche Gewährleistung von Armut durch Arbeitsmarktnichtpolitik nach dem Muster der Vereinigten Staaten zu sein, wo eine große marginalisierte Überschusspopulation als billige Dienstkräfte die Privathaushalte der Eltern von *quality children* versieht und ansonsten im Arbeitsmarkt hinreichend chancenlos ist, um selber für hohe Kinderzahlen zu sorgen.

zielbewusst das Arbeitsleben neu regulierende Politik wird sich deshalb nichts ändern – auch und gerade dann nicht, wenn ein sinkendes wirtschaftliches Wachstumspotenzial im herkömmlichen Sinn die Realisierung von geldwertem Wohlstand immer schwieriger und den für zusätzliches Wachstum, auf gesellschaftlicher wie auf individueller Ebene, erforderlichen Aufwand immer größer werden lässt. Die gebotene Lösung wäre eine gleichmäßige Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen, mindestens auf das französische Niveau, mit flankierenden Maßnahmen zur Änderung von Karrierestrukturen in den Betrieben sowie von Lebensarbeitszeiten und Einkommensverläufen (Entzerrung der „rush hour“ des Lebens). Ebenfalls nötig, mindestens auf längere Frist, wären Maßnahmen zur Eindämmung des globalen Wettbewerbs, zu denen wohl auch Kapitalverkehrskontrollen und der Schutz von Arbeitnehmerrechten gegen ein allzu expansives internationales Wettbewerbsrecht gehören müssten. (In einer Postwachstumsgesellschaft wäre auch die Globalisierung nicht mehr, was sie mal war.) Ohne derartigen Flankenschutz wäre einer neuen, gesellschafts- statt marktgerechten Arbeitszeitpolitik vermutlich rasch die Grundlage entzogen – siehe das absehbare Ende der familienfreundlichen 35-Stunden-Woche in Frankreich.

Literatur

Degens, Philip, 2012: Alternative Geldkonzepte. Ein Literaturbericht. MPIfG Discussion Paper Nr. 12/10. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln.

Pennekamp, Johannes, 2011: Wohlstand ohne Wachstum. Ein Literaturüberblick. MPIfG Working Paper Nr. 11/1. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln.

Vorläufige Fassung